



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Offener Brief an den Schweizerischen Pensionskassenverband ASIP

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Vorstandsmitglieder
Sehr geehrter Herr Direktor

Es ist wohl untertrieben zu sagen, dass die Arbeitnehmervertretenden in den Organen der Pensionskassen überrascht waren, ihren Dachverband auf der Website der Befürworter der BVG-Reform – Seite an Seite mit politischen Parteien und Arbeitgeberverbänden – vorzufinden. Und dies im Hinblick auf ein Referendum, über das im Herbst das Stimmvolk befinden wird.

Der Anstand oder zumindest die intellektuelle Aufrichtigkeit hätte verlangt, dass Sie zu dem Zeitpunkt, zu dem das Stimmvolk aufgerufen ist, sich zur Vorlage zu äussern, gebührende Zurückhaltung walten lassen – wenn schon nicht aus Respekt vor der Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden in den Organen der Institutionen, die Sie vertreten sollen, so doch zumindest aus Respekt vor den demokratischen Rechten.

Die paritätische Verwaltung der beruflichen Vorsorge sollte Ausdruck der Sozialpartnerschaft sein. Indem Sie hinsichtlich dieser Abstimmung offenkundig Partei ergriffen haben, zeigen Sie, wie wenig Sie davon halten. Mit Ihrer Haltung schaden Sie dem System der Altersvorsorge und bestärken Sie nur diejenigen, die zunehmend an der zweiten Säule zweifeln. Ein Beweis dafür ist, dass bei der Pensionierung immer häufiger das Kapital statt einer Rente bezogen wird.

Wir wollen in diesem offenen Brief nicht über den Sinn der Reform diskutieren, um nicht dasselbe zu tun, was wir Ihnen vorwerfen. Wir erinnern Sie bloss daran, dass die Arbeitnehmenden, die in den Stiftungsräten sitzen, wie auch die Gewerkschaftsorganisationen, die ihre Vertreter:innen dorthin delegieren, sich niemals erlaubt hätten, Sie um Unterstützung für das Referendum zu bitten. Sie hätten uns dann zweifellos die gleichen Argumente entgegnet, die wir mit diesem Brief vorbringen – und Sie hätten recht gehabt.

Es wäre ebenso unangemessen zu sagen, dass Sie dem Betrag, den Sie von den Versicherten der Schweizer Pensionskassen erhalten, um die Vorsorgeeinrichtungen zu vertreten, nicht gerecht werden, wie dazu aufzurufen, diese Reform zu unterstützen. Aber in den Stiftungsräten, deren Aufgabe es ist, unseren Versicherten die besten Leistungen zu den geringsten Kosten zu bieten, werden wir schon hinterfragen müssen, ob die Beiträge, die wir Ihnen zahlen, gerechtfertigt sind: Wir werden unsere Verantwortung erneut wahrnehmen müssen, wie wir es seit der Einführung des BVG 1985 getan haben und wie wir es auch weiterhin tun werden. Die Konsequenzen Ihrer Unterstützung für diese Reform müssen ja nicht Sie tragen, da Sie als Direktoren von Kassen und Verbänden keine persönliche Verantwortung in Stiftungsräten tragen.

Die berufliche Vorsorge ist ein zu ernstes Thema und die Mitglieder der Milizorgane sind in ihrer Verantwortung zu stark engagiert, um zu dem, was Sie getan haben, zu schweigen. Wir verteidigen die berufliche Vorsorge als paritätische Sozialversicherung und stellen fest, dass Sie von diesem Weg abgekommen sind. Schade!

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Ferrari', written in a cursive style.

Aldo Ferrari
Gewerkschafter Unia
Mitglied und Präsident mehrerer Stiftungsräte
Ehemaliges Mitglied der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge

Zur Kenntnis an Präsident:innen und Stiftungsrät:innen von Pensionskassen

7. Mai 2024